Heute unter anderem zu folgenden Themen: Raucher sollen Schwerindustrie quersubventionieren; Tricksereien des Finanzministers; private Krankenversicherungen; Lobbyerfolge im Gesundheitssystem; gut ein Fünftel sind atypisch beschäftigt; Putzkräfte bei der Bahn und glücklicher Putzkräfte in der Schweiz; Rettet die deutsche Mittelschicht; Aufschwung oder Strohfeuer; wo ist eigentlich die Linke; der Ruf nach Führung – Spiegel der Hilflosigkeit; Berliner Volksbegehren gegen Wasser-Privatisierung; Stuttgart 21; Bayern LB; Hermann Scheer; Hürden für faire Bildungschancen in Deutschland; Wikileaks; Frankreich – Widerstand gegen die Rentenform; Briten trauern ihrer Industrie hinterher; Rohstoffraub; "Ausländer raus" als herrschende Politik in Europa; Kongresswahlen in den USA; Deutsche Zweiheit; Zu guter Letzt: Zigarren werden von der Tabaksteuer ausgenommen. (JB/WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Raucher sollen Schwerindustrie quersubventionieren
2. Die Tricksereien des Finanzministers
3. Private Krankenversicherungen
4. Lobbyerfolge im Gesundheitssystem – Die Invasion der Nutzlos-Pillen
5. Regierung: Gut ein Fünftel sind atypisch beschäftigt
6. Putzkräfte bei der Bahn – Die Leute schuften sich kaputt
7. Es führt kein Weg am Mindestlohn vorbei
8. Glückliche Schweiz: Gesetzlicher Mindestlohn für Hausangestellte
9. Rettet die deutsche Mittelschicht
10. Aufschwung oder Strohfeuer
11. Wo ist eigentlich die Linke?
12. Der Ruf nach Führung – Spiegel der Hilflosigkeit
13. Berliner Volksbegehren gegen Wasser-Privatisierung
14. Stuttgart 21
15. Bayern LB
16. Hermann Scheer im Deutschen Bundestag – 14 Tage vor seinem Tod
17. Hürden für faire Bildungschancen in Deutschland
18. Bundesregierung will Ländern nicht mehr Geld für Bildung geben
19. Wikileaks
20. Frankreich: Widerstand gegen die Rentenform
21. Briten trauern ihrer Industrie hinterher
22. Oxfam: Politik hilft beim Rohstoffraub
23. "Ausländer raus" als herrschende Politik in Europa
24. Kongresswahlen in den USA – Geld-Granden starten die Konterrevolution

25. Rezension: Deutsche Zweiheit
26. Aber Zigarren werden Sie doch wohl von der Erhöhung der Tabaksteuer ausnehmen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Raucher sollen Schwerindustrie quersubventionieren**
   a. **Bedenkliche Neigung**
   Selbst mit einer richtigen Entscheidung kann man das falsche Signal setzen. So ergeht es derzeit der Bundesregierung mit den fortbestehenden Ausnahmen zur Ökosteuer.
   Für die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen ist es sinnvoll, die Ausnahmen bei der Ökosteuer beizubehalten. Es ist daher gut, dass die Regierung die geplante Mehrbelastung wieder einsammelt und lediglich dem Missbrauch einen Riegel vorschiebt.
   Zum Problem wird der Schritt jedoch dadurch, dass dies nicht das erste Mal ist, dass die Regierung dem Ansinnen von Lobbygruppen nachgibt und ihre Vorhaben abmildert – und zwar immer dort, wo Unternehmen getroffen worden wären. Erst war es die Brennelementesteuer, die nun nur für wenige Jahre fällig wird und dann wegfällt. Dann spülte sie das Arzneimittelspargesetz weich. Ob die ab 2012 geplante Bankenabgabe jemals kommt, wird immer unsicherer. Nun folgen die Ökosteuerausnahmen.
   Das Ergebnis ist, dass das Sparpaket mittlerweile eine bedenkliche Neigung hat. Kaum angetastet hat die Regierung nämlich ihre Kürzungen dort, wo sie sozial Schwache, Arbeitslose oder auch gesetzlich Krankenversicherte treffen.
   Quelle: FTD
   b. **Die Angst der Stromfresser vor der Ökosteuer**
   Die vielen Ausnahmen und Rabatte von der Ökosteuer stehen seit Jahren in der Kritik. Allein durch findige Betriebspolitik, deren einziger Zweck die Steuervermeidung ist, entgingen dem Staat Hunderte Millionen Euro an Ökosteuer jährlich, haben gleich mehrere Studien und Berichte, unter anderem des Bundesrechnungshofs, nachgewiesen.
   Hotel- und Handelsketten machen sich die Privilegien, die eigentlich Jobs in Schmieden und Papierfabriken sichern sollen, über eine Gesetzeslücke zunutze. Sie bündeln ihre Energienachfrage einfach in eigens gegründeten GmbH, die dann als Energieversorger auftreten – pro forma ein Unternehmen des

produzierenden Gewerbes und abzugsberechtigt. “Man könnte sicher 1 bis 2 Mrd. Euro an Vergünstigungen vor allem bei den weniger energieintensiven Branchen kürzen, ohne dass es da zu spürbaren Wettbewerbsnachteilen kommt”, schätzt Stefan Bach vom Berliner Wirtschaftsforschungsinstitut DIW. Nicht von ungefähr kamen die Spitzen der schwarz-gelben Koalition daher Anfang Juni auf die Ökosteuer, als sie nach neuen Einnahmequellen suchten.
Quelle: FTD

c. **Sozial ausgewogenes Sparpaket? Von wegen!**
Als die schwarz-gelbe Bundesregierung ihr Sparpaket vor Monaten erstmals präsentierte, da stellte sich FDP-Chef Guido Westerwelle hin und pries die geplanten Maßnahmen als sozial ausgewogen. Die Belastungen, so sagte er, verteilten sich im nächsten Jahr so: Fünf Milliarden Euro von der Wirtschaft, fünf Milliarden von Arbeitslosen, Geringverdienern und Familien und weitere drei Milliarden vom Staat und seinen Mitarbeitern.
Aber die Kritiker waren von Anfang an skeptisch und sprachen von vielen Luftbuchungen im Bereich Wirtschaft – völlig zu Recht, wie wir inzwischen wissen.
Aber ich glaube, die meisten Wähler durchschauen diese Taktik! Sie haben sehr wohl mitbekommen, dass alle Grausamkeiten des Sparpakets zulasten der Niedrigverdiener und Arbeitslosen in der Koalition ohne große Debatten abgenickt wurden. Und nun wird die soziale Schräglage sogar noch verstärkt: für die Industrie-Rabatte bei der Ökosteuer sollen die Raucher aufkommen! Dass die Koalition zum Ausgleich über Steuervereinfachungen nachdenkt, die die Bürger um 500 Millionen Euro entlasten sollen, empfinde ich persönlich als Hohn. Denn das gleicht bei weitem nicht die kalte Steuerprogression aus – also die Tatsache, dass wir Steuerzahler wegen der steigenden Einkommen automatisch mehr Steuern zahlen müssen.
Quelle: ARD – Tagesschau

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *Schwarz-Gelb wieder einmal als Erfüllungsgehilfe der Klientel-Interessen der Wirtschaftslobbyisten. Dazu genügt es, dass diese eine Phantomzahl von angeblich 870.000 gefährdeten Arbeitsplätzen in die Welt setzen. Wenn Wohlfahrtsverbände oder Gewerkschaften hingegen eine Korrektur der Kürzungen im Sozialetat anmahnen, dann wird diesen die kalte Schulter gezeigt.*
Nur am Rande sei angemerkt: Die Erhöhung der Tabaksteuer wird den Umsatz mit Tabakwaren in Grenzregionen verstärkt ins benachbarte Ausland verlagern, sofern dort bereits nach heutigem Stand das Preisniveau für Tabakwaren

niedriger ist.

2. **Die Tricksereien des Finanzministers**
   Rechnet Wolfgang Schäuble die Schulden des Jahres 2010 extra hoch, um in Zukunft weniger sparen zu müssen? Der Bundesrechnungshof rügt die Haltung des Finanzministers, die SPD warnt vor Manipulationen.
   Der Bundesrechnungshof hat Finanzminister Wolfgang Schäuble davor gewarnt, die neue Schuldenbremse im Grundgesetz durch Tricksereien auszuhebeln. Die Kontrolleure fordern Schäuble in einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Bundestags auf, seine Finanzplanung an die unerwartet gute Konjunkturentwicklung anzupassen und die vorgesehenen Kreditobergrenzen für die kommenden Jahre deutlich herabzusetzen.
   Schäubles Finanzplanung liegen Zahlen vom Juni zugrunde, die angesichts der hohen Steuereinnahmen und überraschend geringen Ausgaben für den Arbeitsmarkt veraltet sind. Laut Rechnungshof muss deshalb das gesamte Tableau nach der nächsten Steuerschätzung im November noch einmal überarbeitet werden. Halte der Minister an seinen bisherigen Zahlen fest, lade er dem Land eine unnötig hohe Schuldenlast auf, heißt es in dem siebenseitigen Bericht, der der Süddeutschen Zeitung vorliegt.
   (…) Trotz aller Warnungen bleibt Schäuble bislang stur. Gemäß seiner Planung wird das strukturelle Defizit im laufenden Jahr gut 53 Milliarden Euro betragen. Soll dieser Fehlbetrag nun bis 2016 in etwa gleich großen Schritten reduziert werden, läge die Kreditobergrenze beispielsweise 2011 bei etwa 46 Milliarden und 2012 bei gut 38 Milliarden Euro. Tatsächlich gehen Experten aber davon aus, dass das Defizit im Startjahr 2010 nicht 53 Milliarden, sondern nur etwa 40 Milliarden Euro betragen wird. Bediente sich Schäuble nun dieser realistischeren Zahl, verringerten sich auch die Kreditlimits für die Folgejahre deutlich: auf 35 Milliarden Euro 2011 und auf 30 Milliarden Euro 2012.
   Quelle: SZ

   Anmerkung Jens Berger: *Was auf den ersten Blick relativ abstrus wirkt, macht im Kontext des koalitionsinternen Zwists um mögliche Steuersenkungen durchaus Sinn. Wolfgang Schäuble gilt bekanntermaßen als ausgemachter Gegner solcher Steuersenkungen, der zusätzliche Steuereinnahmen am liebsten zum Abbau der Staatsschulden verwenden will. Sobald er den Haushalt an die aktuelle Kassenlage anpassen würde, wären in der schwarz-gelben Koalition natürlich die Schleusen für zusätzliche Geschenke an die jeweilige Klientel geöffnet. Nicht nur die FDP scharrt bereits mit den Hufen, auch Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) verlangt im neuen "Spiegel" Entlastungen von 6 bis 7 Mrd. Euro zum 1. Januar 2012.*

Wegen der wieder üppiger sprudelnden Steuereinnahmen könne es "keine steuerpolitische Blockade geben".

3. **Private Krankenversicherungen**
   a. **Privates Leid**
   Schade, dass derzeit eine schwarz-gelbe Koalition regiert. Ein Bündnis, das den privaten Krankenversicherungen weniger gewogen ist, könnte deren neueste Leiden mühelos als Steilvorlage nutzen, um die Zweiteilung in private und gesetzliche Krankenversicherung infrage zu stellen. Und dieser Umstand wäre es durchaus wert, diskutiert zu werden.
   Die Probleme der privaten Krankenversicherung (PKV), bei den derzeitigen niedrigen Zinsen ausreichende Erträge zu erwirtschaften, um die Beiträge ihrer Mitglieder im Alter niedrig zu halten, legen eine Lebenslüge schonungslos offen. Seit Jahrzehnten wirbt die PKV für sich mit dem Argument, nicht nur bessere Leistungen zu bieten, sondern auch krisenfester als die gesetzliche Krankenversicherung zu sein.
   Das ist spätestens jetzt widerlegt. Eine schwerer Einbruch wie während der Finanzkrise der vergangenen beiden Jahre hinterlässt auch bei der PKV deutliche Spuren – nur an anderer Stelle als bei den Gesetzlichen. Während die gesetzlichen Krankenkassen damit kämpfen, dass Zeitarbeit und höhere Arbeitslosigkeit vorübergehend ihre Einnahmen senkten, sind es bei den Privaten die extrem niedrigen Zinsen, die ihnen die Prognosen verhageln.
   Damit zeigt sich, dass die PKV auch in diesem Punkt kaum besser abschneidet als die oft gescholtenen gesetzlichen Kassen. Ähnlich sieht es bei zwei weiteren zentralen Kriterien aus: der Widerstandsfähigkeit gegen die Alterung der Beitragszahler und den Abwehrkräften gegen
   Preissteigerungen im Gesundheitswesen. Bei beidem stehen gesetzliche wie private Versicherungen ähnlich schlecht da.
   Quelle: FTD
   b. **Private sind nicht krisenfest**
   Die privaten Krankenversicherer betonen gerne, dass sie unabhängig sind. Unabhängig vom Arbeitsmarkt und der demografischen Entwicklung. Sie sind aber nicht unabhängig von den Finanzmärkten, und das werden ihre Kunden durch deftige Beitragserhöhungen zu spüren bekommen.
   Um sechs bis acht Prozent könnten die Prämien alleine wegen der Finanzkrise bei manchen Gesellschaften steigen, berichtet die Financial Times Deutschland. Der Grund dafür ist, dass die Krankenversicherer wegen der Finanzkrise Mühe haben, einen guten Zins auf das von ihnen angelegte Geld zu erwirtschaften.

„Das Niedrigzinsumfeld macht der ganzen Branche Probleme“, sagt Experte Reiner Will von der auf Versicherer spezialisierten Ratingagentur Assekurata.
Quelle: